

Grundwerte: Die Werte, die uns einen



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.08.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-G Werte, die uns einen

Antragstext

1 Grundwerte: Die Werte, die uns einen

2 (1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Jeder
3 Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen
4 und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.

5 (2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung,
6 Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine solidarische
7 Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung der Anderen
8 als Gleiche sowie in ihrer Würde und Freiheit entfaltet.

9 (3) Diese Werte, die auf dem Prinzip der Menschenwürde beruhen, ergänzen sich nicht nur, sie
10 stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht also Gespräch und
11 Streit, Gestaltung und Erneuerung. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine Widersprüche.
12 Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder Regellosigkeit noch in
13 starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis der Werte zueinander immer wieder konkret
14 ausverhandelt wird. Das ist grundlegende Voraussetzung für die Legitimität von Politik.

15 (4) Politik gestaltet die Wirklichkeit im Heute für das Morgen und im Bewusstsein für das
16 Gestern. Ohne Woher kein Wohin. Wir blicken nach vorne im Wissen sowohl um die geglückten
17 Erfahrungen als auch um die Schuld und das Grauen in unserer Geschichte. Als Europäer*innen
18 handeln wir im Bewusstsein einer Verantwortung für globale Gerechtigkeit auf Grundlage der
19 Bürger*innen- und Menschenrechte, wie sie sich in der Allgemeinen Erklärung der
20 Menschenrechte sowie im Grundgesetz und der EU-Grundrechtecharta manifestieren. Die
21 Lehren
22 aus den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.

23 (5) Unsere Politik richtet sich an alle Menschen. Wir verstehen uns als Bündnispartei, die
24 auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche Erfahrungen,
25 Vorstellungen und Ansätze. Sie orientiert sich nicht an der Summe einzelner Interessen oder
26 einzelner Gruppen, sondern verbindet verschiedene Interessen zu einer gemeinsamen Vision für
27 eine bessere Zukunft. Das kann anstrengend sein, aber nur so entsteht aus den vielen
28 verschiedenen Erfahrungen und Ideen Neues.

29 (6) Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Die Aufgabe unserer Zeit ist, eine krisenfeste Gesellschaft
30 demokratisch zu gestalten. Dazu sind Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und
31 Gerechtigkeit sowie globale Verantwortung neu zu definieren und die Politik ist darauf
32 auszurichten. Um Krisen zu meistern, braucht es Zusammenhalt – in einer Gesellschaft, die
33 allen Bürger*innen die gleichen Rechte und Möglichkeiten gewährt, die die
34 Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen als Stärke und Wert begreift, die die Rechte

34 und Teilhabe von Minderheiten schützt und fördert sowie Spannungen durch Respekt ausgleicht.

35 Wir streben nach einem gemeinsamen Wir in einer vielfältigen Gesellschaft.

36 **Ökologie**

37 (7) Die Umwelt des Menschen zu schützen und zu erhalten ist Voraussetzung für ein Leben in
38 Würde und Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und fruchtbare Böden
39 sind notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation. Eine Politik,
40 welche die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur Selbstbestimmung
41 für uns und künftige Generationen. Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des Anthropozän.
42 Darin ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich unsere Erde
43 verändert. Die Natur braucht uns nicht. Wir brauchen sie.

44 (8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Wir überschreiten
45 derzeit durch unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie
46 Artenvielfalt, Klimaerhitzung oder Meeresversauerung und gefährden so die Stabilität unseres
47 Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschen. Es ist unsere Aufgabe, uns durch
48 sozialen,
49 wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt zum Wohle der Menschen so nachhaltig
49 weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und den Weg in die
ökologische
50 Moderne einschlagen.

51 (9) Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt. Menschen
52 sind nicht die einzigen Lebewesen, die fühlen. Daher ist es Pflicht für uns Menschen, das
53 Wohl von Tieren und die gesamte lebendige Natur zu schützen.

54 (10) Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für Gesundheit. Der Erhalt unserer natürlichen
55 Lebensgrundlagen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise verhindern massive
56 Gesundheitsschäden und schützen im Sinne der Vorsorge die Gesundheit zukünftiger
57 Generationen.

58 (11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen Entwicklung
59 ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere
60 Verpflichtung, nachfolgenden Generationen faire Handlungsspielräume und
61 Entscheidungsfreiheiten zu ermöglichen.

62 (12) Die Klimakrise und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschärft bestehende
63 Ungleichheiten und trifft damit insbesondere Frauen. Ökologische Maßnahmen müssen von
Frauen
64 mitgestaltet werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch Geschlechtergerechtigkeit.

65 (13) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten, die dazu am
66 wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen sich noch
67 teilweise anpassen können, spüren ärmere die Folgen mit brutaler Härte. Umwelt- und
68 Klimapolitik sind eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Jedoch können ökologische
69 Maßnahmen in Widerspruch zu sozialen Interessen geraten. Daher muss ökologische Politik
70 soziale Interessen immer miteinbeziehen.

71 (14) Wir denken Ökologie global. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein Recht aller
72 Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt die

73 historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der Umwelt in den Blick.
74 Deshalb sind wir in der Pflicht, die ökologischen und sozialen Kosten unseres Wirtschaftens
75 zu reduzieren, statt sie in andere Weltregionen zu verlagern, sowie diejenigen zu
76 unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und das in Zukunft
77 noch stärker sein werden.

78 (15) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise schützt nicht nur Lebensgrundlagen, sondern erhöht
79 auch Wohlstand und Lebensqualität. Das erfordert eine grundlegende Dekarbonisierung unserer

80 Wirtschaft und unserer Lebensweise, für die in den kommenden Jahrzehnten erhebliche
81 Investitionen notwendig sind.

82 (16) Der Weg in die ökologische Moderne sichert Demokratie und Selbstbestimmung für heute
83 und für künftige Generationen. Sonst verlieren wir, was wir mit dem Klima schützen: Freiheit
84 und Würde. Demokratische Verfahren bringen die Kreativität und den gesellschaftlichen
85 Zusammenhalt hervor, die es zur Bewältigung der ökologischen Krisen braucht.

86 **Gerechtigkeit**

87 (17) Die Würde und Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und solidarischen
88 Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.
89 Gerechtigkeit heißt für uns gleiche und größtmögliche Freiheit für alle. Sie ist die
90 Grundlage für ein gutes Leben.

91 (18) Gerechtigkeit bedeutet mehr als ein Leben ohne Armut. Soziale Gerechtigkeit braucht
92 einen starken Sozialstaat, der nicht nur materielle Sicherheit und Teilhabe gewährleistet
93 und Menschen vor Armut schützt, sondern die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes,
94 glückliches Leben schafft. Jeder hat das Recht auf materielle Sicherheit und soziale
95 Teilhabe sowie ein Leben frei von existenzieller Not.

96 (19) Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben
97 teilzunehmen. Das verlangt starke öffentliche Räume und Institutionen – gute Kitas,
98 Kindergärten und Schulen, Hochschulen, Schwimmbäder und Sportplätze, Bibliotheken und
99 Theater, einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, Breitbandanschlüsse für alle, gute
100 gesundheitliche Versorgung und gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem
101 Land. In Zeiten der Individualisierung, in der sich viele Menschen einsam fühlen, sind
102 solche Orte von besonderer Bedeutung.

103 (20) Die Finanzierung einer starken Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe.

104 (21) Gute und diskriminierungsfreie Bildung ist Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wir
105 brauchen ein ganzheitliches und am Menschen orientiertes Bildungssystem. Das Vertrauen,
106 dass wir die Zukunft für uns und die Generationen nach uns ermöglichen und gestalten können, ist
107 ein notwendiger Antrieb für gesellschaftlichen Fortschritt.

108 (22) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn ihr Wohlstand gerecht verteilt ist.
109 Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu große
110 Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit einen Pfeiler der
111 Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, durch Regulierung, Investitionen und Steuern
112 Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu schaffen. Große Vermögen bringen soziale
113 Verpflichtungen mit sich.

114 (23) Alle Menschen sollen unabhängig vom Geschlecht an der Gesellschaft teilhaben können.
115 Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang zu Bildung,
116 Eigentum und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind.

117 (24) Ohne die staatliche Garantie für diskriminierungsfreie und gleiche Rechte, Zugänge und
118 Teilhabe für alle ist Gerechtigkeit nicht herstellbar. Das heißt auch, dass die Bekämpfung
119 von Rassismus und allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit grundlegende
120 Aufgabe von Staat und Gesellschaft ist.

121 (25) Soziales und ökologisches Wirtschaften schafft Innovation und Fortschritt und trägt so
122 zu einer gerechten Gesellschaft bei. Dafür braucht es gemeinsame Regeln, die fairen
123 Wettbewerb ermöglichen, die Konzentration von Macht verhindern und Verbraucher*innen-
Rechte

124 schützen. Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft trägt dazu bei, dass Menschen sich
125 verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden, Wohlstand zum Wohle aller
126 entsteht und die Versorgung mit grundlegenden Gütern gewährleistet ist.

127 (26) Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, muss das Weltwirtschaftssystem ein sozial-
128 ökologisches werden, das nach demokratischen Regeln organisiert ist und auf der Grundlage
129 von Kooperation und Solidarität und nicht auf Dominanz beruht.

130 **Selbstbestimmung**

131 (27) Menschen begegnen sich als Gleiche – in ihren Rechten und ihrer Würde. Selbst über das
132 eigene Leben bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen aus. Politik
133 hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung zu schützen. Sie erkennt
134 Unterschiede an und verhindert undemokratische und damit ungerechtfertigte Herrschaft.
135 Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine
136 Gesellschaft, in der weder der soziale Status, das Geschlecht oder die Herkunft noch die
137 Religion oder äußere Merkmale noch rassistische Zuschreibungen, das Alter oder eine
138 Behinderung noch die sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität einen Einfluss darauf
139 haben, wer dazugehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv ermöglicht werden.

140 (28) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und ökologische
141 Voraussetzungen angewiesen, sonst bleibt es das Privileg weniger. Freie Entfaltung braucht
142 eine barrierefreie Infrastruktur, Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität.
143 Informationelle Selbstbestimmung und informationstechnische Sicherheit sind im digitalen
144 Zeitalter zu garantieren.

145 (29) Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist Voraussetzung für den
146 gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die individuelle Selbstbestimmung. Eine inklusive
147 Gesellschaft verändert Strukturen und schafft öffentliche Institutionen, die allen Menschen
148 offenstehen und allen in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt Partizipation ermöglichen.

149 (30) Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus. Die Freiheit, den Beruf
150 zu wählen, Verträge zu schließen und ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen, gehört dazu.
151 Alle haben das Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen und Löhne zu
152 kämpfen. Wirtschaftliche Freiheit gewährleistet Eigentumsfreiheit, die sozial verpflichtet.

153 (31) In einer Welt, in der die Anforderungen an jede*n Einzelne*n steigen, in der alle immer
154 schneller, anpassungsfähiger und immer besser sein müssen, darf es auch Schwäche geben.
155 Jeder Mensch verdient Wertschätzung und Anerkennung für seine individuellen

156 Lebensentscheidungen, solange sie nicht zulasten Dritter gehen. Damit sich alle mit ihren
157 Stärken und Schwächen selbstbestimmt entfalten können, braucht es eine solidarische
158 Gesellschaft.

159 (32) Freiheit bedeutet Verantwortung für sich selbst und für andere. Sie fordert Individuen
160 und Gesellschaft heraus. Sie verlangt uns allen etwas ab. Freiheit und Selbstbestimmung
161 finden ihre Grenze dort, wo durch sie anderen Menschen und zukünftigen Generationen Freiheit
162 und Selbstbestimmung genommen werden. Nur demokratische und rechtsstaatliche Verfahren
163 können die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren.

164 (33) Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist eine, in der auch Mädchen und Frauen
165 selbstbestimmt über ihr Leben und ihren Körper entscheiden können. Das setzt die
166 Emanzipation von Verhältnissen der Unterdrückung und der Gewalt voraus. Wir stehen an der
167 Seite von Mädchen und Frauen, die global für ihr Selbstbestimmungsrecht streiten.

168 (34) Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Rechte auf Förderung ihrer
169 Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe, Gehörtwerden und Bildung. Selbstbestimmung ist nur
170 möglich, wenn allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen gegeben werden.

171 **Demokratie**

172 (35) Demokratie heißt gleiche politische Freiheit für alle. Die Demokratie lebt von
173 Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Deshalb braucht sie Demokrat*innen.
174 Demokratie steht nie still. Sie entwickelt sich immer weiter. Demokratie ist die Staatsform,
175 die zur Selbstkorrektur in der Lage ist.

176 (36) Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit, denn sie garantiert den Schutz von
177 Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten auf Grundlage eines liberalen Rechtsstaates.
178 Auch die wehrhafte Demokratie braucht Bürger*innen, die sie aktiv verteidigen und ihr immer
179 wieder neue Kraft geben. Das ist der beste Schutz gegen die Zerstörung von innen.

180 (37) In einer Demokratie eignen sich Menschen ihre Zukunft gemeinsam an und verwandeln
181 äußeres Geschehen in gemeinsame Entscheidungen. Demokratie ist anstrengend. Sie braucht
182 respektvollen Streit genauso wie den Kompromiss. Demokratie braucht Freiheit, sie muss
183 Bürger*innen- und Menschenrechte garantieren und ist sogleich an soziale Voraussetzungen
und
184 Solidarität gebunden.

185 (38) Gewaltenteilung und ein starker Rechtsstaat tragen eine demokratische Gesellschaft. Der
186 Rechtsstaat verankert das Gewaltmonopol des Staates und hegt es ein.

187 (39) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie. In einer diverser werdenden
188 Gesellschaft, in der vielfältige Perspektiven zusammenkommen und sich Gehör verschaffen,
189 sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen, Nachteile auszugleichen und
190 Gleichberechtigung zu schaffen. Das ist die Grundlage für die wechselseitige Anerkennung als
191 Gleiche in einer vielfältigen Gesellschaft. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches
192 Wir, das nicht in Partikularinteressen auseinanderfällt. Sie wird reicher durch den Respekt
193 vor verschiedenen Erfahrungen.

194 (40) Allen Geschlechtern kommt in der Demokratie gleiche Gestaltungs- und
Entscheidungsmacht

195 zu. Um Frauen an allen demokratischen Prozessen gleichberechtigt zu beteiligen, braucht es

196 Parität sowie Lebensbedingungen, die allen ermöglichen, Erwerbs- und Sorgearbeit sowie
197 gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.

198 (41) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Der demokratische Meinungsstreit braucht
199 eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürger*innen-Beteiligung, starke
200 und freie Medien, Kultur und Wissenschaft sowie gute Bildungseinrichtungen. Für die offene
201 Auseinandersetzung nach klaren Regeln braucht Demokratie immer wieder Innovationen und
202 Parteien, in denen sich Menschen zusammenfinden, um Meinungen zu bündeln und sich mit
203 Programmen und Haltungen der öffentlichen Debatte und der Entscheidung zu stellen.

204 (42) Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Menschen einmischen und repräsentiert
205 sehen. Demokratie braucht Zugänge und auch direkte Beteiligung, um die unterschiedlichen
206 Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess einbringen zu können.

207 (43) Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen und auf Transparenz über
208 Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu starker
209 Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer Interessen untergräbt die Eigenständigkeit und
210 Glaubwürdigkeit politischen Handelns und muss eingegrenzt werden.

211 (44) Der Schutz, die Förderung und die Gewährleistung der Menschenrechte sind konstitutiv
212 für die Demokratie.

213 (45) Der Föderalismus in Deutschland ist eine Lehre aus dem düstersten Kapitel unserer
214 Geschichte und verhindert zentralstaatliche Übergriffe auf die Bürger*innen-Rechte. Er
215 verpflichtet zur Kooperation. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen sichert
216 demokratische und soziale Stabilität. Es stärkt vielfältige Regionen und sorgt für eine
217 nahbare, ansprechbare Politik. Im Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen tragen
218 Bund und Länder gemeinsame Verantwortung.

219 (46) Die europäische Integration ist konstitutiv – sie zu einer Föderalen Europäischen
220 Republik ökologisch, sozial und demokratisch weiterzuentwickeln ist Voraussetzung und Teil
221 einer demokratischen Gestaltung globaler Fragen.

222 **Frieden**

223 (47) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben der
224 Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und die
225 Menschenrechte aller zu wahren. Wo Gewalt friedliche Politik verneint, können Menschenrechte
226 und Gewaltfreiheit in Konflikt geraten. Wir setzen auf die Mittel der Politik, die dem Geist
227 der Kooperation in globaler Verantwortung entsprechen.

228 (48) Würde, Freiheit und Gleichheit ergeben sich aus der Universalität und Unteilbarkeit der
229 Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind nicht verhandelbar – weder gegenüber
230 machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem kulturellen
231 Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten ist
232 Verpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir tragen als internationale
233 Gemeinschaft Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen und Völkermord
im
234 Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.

235 (49) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung physischer Gewalt, Frieden mehr als die
236 Abwesenheit von Krieg. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von Interessen und die

237 Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft und europäische
238 Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes
239 steht, zu bewältigen.

240 (50) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauenrechten, der Schutz vor
241 geschlechtsspezifischer Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive Mädchen-
242 und Frauenförderung in allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten.

243 (51) Das vereinigte Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Gegen einen autoritären
244 Nationalismus ist das Versprechen der europäischen Einigung auf Frieden, Freiheit,
245 Solidarität und Stabilität wichtiger Anker multilateraler und menschenrechtsorientierter
246 Politik in der Welt.

247 (52) Humanitäre Verantwortung und internationale Solidarität bestimmen unser politisches
248 Handeln. Unser Ziel ist eine weltweite Ordnung mit internationalen Institutionen. Sie soll
249 Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, Armut verringern, den gleichberechtigten Zugang
250 zu globalen Gemeingütern ermöglichen, Demokratie fördern, die gleichberechtigte Teilhabe von
251 Frauen und Minderheitengruppen garantieren, die verbrieften Menschenrechte aller
252 Migrant*innen und das Klima schützen, wie es in den Zielen für nachhaltige Entwicklung der
253 Vereinten Nationen vereinbart ist.